



Justizministerialblatt für das Land Brandenburg

Herausgegeben vom Ministerium der Justiz
Nr. 6 – 30. Jahrgang – Potsdam, 15. Juni 2020

Inhalt	Seite
Allgemeine Verfügungen und Rundverfügungen	
Aufsicht über Rechtsbeistände Rundverfügung der Ministerin der Justiz zur Aufhebung der Rundverfügung vom 15. Dezember 1997 vom 4. Juni 2020 (3712-I.015)	86
Bekanntmachungen	
Ungültigkeitserklärung von Dienstausweisen Bekanntmachung des Ministeriums der Justiz vom 11. Mai 2020	86
Personalnachrichten	86
Ausschreibungen	87

Allgemeine Verfügungen und Rundverfügungen

Aufsicht über Rechtsbeistände

Rundverfügung der Ministerin der Justiz
zur Aufhebung der Rundverfügung
vom 15. Dezember 1997

Vom 4. Juni 2020
(3712-I.015)

I.

Die Rundverfügung des Ministers der Justiz und für Bundes- und
Europaangelegenheiten vom 15. Dezember 1997 (JMBl. 1998
S. 6) wird aufgehoben.

II.

Diese Rundverfügung tritt am Tag nach der Veröffentlichung im
Justizministerialblatt für das Land Brandenburg in Kraft.

Potsdam, den 4. Juni 2020

Die Ministerin der Justiz

Susanne Hoffmann

Bekanntmachungen

Ungültigkeitserklärung von Dienstaussweisen

Bekanntmachung des Ministeriums der Justiz
vom 11. Mai 2020

Folgender abhanden gekommener Dienstaussweis wird hiermit
für ungültig erklärt:

Frau **Mareen Kerstan**, Dienstaussweis-Nr. **200 756**, ausgestellt
am 14. Januar 2011, gültig bis 13. Januar 2021.

Ich bitte alle Justizbehörden, insbesondere die Justizvollzugs-
anstalten, Vorkehrungen zu treffen, um eine missbräuchliche
Nutzung des Ausweises zu verhindern. Feststellungen über den
Verbleib des Ausweises sind umgehend dem Ministerium der
Justiz mitzuteilen.

Personalnachrichten

Ministerium der Justiz

Ernannt:
zum **Regierungsrat (auf Probe)**: Regierungsbeschäftigter
Matthias Peitsch

Ordentliche Gerichtsbarkeit

Ernannt:
zum **Vizepräsidenten des Oberlandesgerichts**: Vorsitzender
Richter am Oberlandesgericht Gerhard Berger; zur **Direktorin
des Amtsgerichts – R 2 mit Amtszulage** –: Vorsitzende Rich-
terin am Landgericht Claudia Behnert in Fürstenwalde/Spree;
zur **Richterin am Landgericht**: Richterin Anja Dexheimer in
Frankfurt (Oder); zur **Richterin/zum Richter**: Assessorin An-
gelika Metze, Assessorin Stéphanie Schubert, Assessorin Anne
Scherer, Assessor Alexander Kiekebusch, Assessorin Lisa-Ma-
rie Tix; zur **Justizamsträtin**: Justizamtfräu Kathrin Kluge in
Eberswalde, Justizamtfräu Cornelia Schaller in Fürstenwalde/

Spree, Justizamtfräu Ulrike Prasuhn in Potsdam, Justizamtfräu
Kathleen Goldbeck in Strausberg; zur **Justizamtfräu**: Justiz-
oberinspektorin Franziska Haehnel, Justizoberinspektorin Elke
Mittelstädt und Justizoberinspektorin Hanka Scholz in Neurup-
pin, Justizoberinspektorin Nadine Schulze in Prenzlau; zur
Obergerichtsvollzieherin: Gerichtsvollzieherin Doreen Heil-
mann in Brandenburg an der Havel, Gerichtsvollzieherin Antje
Henke-Rum in Luckenwalde

Ruhestand:
Justizamtfräu Carola Wolschke aus Bad Liebenwerda; Justiz-
hauptsekretärin Martina Schober aus Lützen

Staatsanwaltschaften

Ernannt:
zum **Generalstaatsanwalt**: Ministerialdirigent Dr. Andreas
Behm; zum **Oberstaatsanwalt**: Staatsanwalt Gerd-Götz Hei-
ninger in Neuruppin

Verwaltungsgerichtsbarkeit

Ernannt:
zum **Präsidenten des Verwaltungsgerichts**: Vizepräsident des
Verwaltungsgerichts Wilfried Kirkes in Frankfurt (Oder)

Sozialgerichtsbarkeit

Ernannt:
zum **Präsidenten des Sozialgerichts**: Richter am Landessozi-
algericht Martin Brockmeyer in Neuruppin

Notarinnen und Notare

Bestellt:
zum **Notar**: Notarassessor Christoph Lindt in Spremberg

Beendigung der Notariatsverwaltung:
Notarassessor Christoph Lindt in Spremberg für Amtsstelle Ro-
sanski

Zentraler IT-Dienstleister der Justiz des Landes Brandenburg

Versetzung vom Brandenburgischen Oberlandesgericht an den
Zentralen IT-Dienstleister der Justiz des Landes Brandenburg
und Ernennung zum **Regierungsoberamtsrat – A 14 –**: Justiz-
oberamtsrat René Dongowski

Ernannt:
zum **Regierungsoberinspektor**: Regierungsamtsinspektor René
Firlay, Justizinspektor Ulrich Göde

Ausschreibungen

Geschäftsbereich der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung von Berlin

Es wird Bewerbungen für die folgenden Stellen entgegengesehen:

Behörde:	Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
Berufsfeld:	Justiz
Laufbahngruppe:	Höherer Dienst (Laufbahngruppe 2)
Bezeichnung:	Richterin/Richter (w/m/d) am Oberverwaltungsgericht (mehrere Stellen)
Besoldungsgruppe:	BesGr. R 2
Besetzbar ab:	im Laufe des Jahres 2020 – nach Maßgabe der haushaltswirtschaftlichen Voraussetzungen –
Kennzahl:	I A 9 – 2012/13/1 –
Vollzeit/Teilzeit:	beides
Arbeitsgebiet:	Beisitzerin/Beisitzer in einem Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg

Anforderungen:

Bewerberinnen und Bewerber müssen neben den richterrechtlichen Voraussetzungen die Anforderungen erfüllen, die im richterlichen Eingangsamte gestellt werden (Rechtskenntnisse,

fachübergreifende Kenntnisse, Verhandlungskompetenz, Entschlusskraft, schriftliches Ausdrucksvermögen, Leistungsfähigkeit und Verantwortungsbewusstsein, Organisationsfähigkeit, Kommunikationsfähigkeit, Kooperations- und Konfliktfähigkeit) in erhöhtem Maße erfüllen. Sie sollen darüber hinaus in unterschiedlichen Arbeitsgebieten tätig gewesen sein.

Ferner müssen Bewerberinnen und Bewerber:

- in gesteigertem Maß zur Auseinandersetzung mit schwierigen Rechtsfragen und Sachverhalten fähig sein,
- fähig sein, konstruktiv in einem Senat mitzuarbeiten und sachgerecht zu der Entscheidungsfindung beizutragen.

Wegen der an die Bewerberinnen und Bewerber zu stellenden weiteren Anforderungen wird auf die Allgemeine Verfügung der Ministerin der Justiz vom 26. November 2007 (AnforderungsAV), veröffentlicht im Justizministerialblatt für das Land Brandenburg vom 17. Dezember 2007, S. 180 ff. und der Senatorin für Justiz vom 5. Dezember 2007 (AnforderungsAV), veröffentlicht im Amtsblatt für Berlin vom 14. Dezember 2007, S. 3204 ff., Bezug genommen.

Auf § 5 Abs. 5 S. 2 LGG Berlin wird hingewiesen, dieser lautet wie folgt:

„(5) . . . Sofern eine Einrichtung im Sinne des § 1 oder Dienststelle nach dem Personalvertretungsgesetz verpflichtet ist, den Anteil von Frauen zu erhöhen, ist das in der Ausschreibung oder Bekanntmachung zu erwähnen und darauf hinzuweisen, dass Bewerbungen von Frauen ausdrücklich erwünscht sind.“

Weil für die ausgeschriebene Stelle die Voraussetzungen des § 5 Abs. 5 S. 2 LGG Berlin vorliegen, sind Bewerbungen von Frauen ausdrücklich erwünscht.

Schwerbehinderte und ihnen Gleichgestellte werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Gemäß §§ 4, 5 RiGBln ist eine Teilzeitbeschäftigung möglich.

Die Ausschreibung richtet sich ausschließlich an Beförderungsbewerberinnen und -bewerber.

Bewerbungsfrist: 3. Juli 2020

Bewerbungsanschrift:

Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung, Salzburger Straße 21 – 25, 10825 Berlin

Bewerbungsunterlagen:

Bewerbungen sind unter Benennung einer für die Dauer des Auswahlverfahrens aktuellen zustellfähigen Anschrift bis zum **3. Juli 2020 über den Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg**, Hardenbergstraße 31, 10623 Berlin, an die **Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung**, Salzburger Straße 21 – 25, 10825 Berlin, zu richten.

Der Bewerbung beizufügen ist eine Erklärung über die Zustimmung zur Einsichtnahme in die Personalakten.

Es wird darauf hingewiesen, dass für die Bewerberinnen und Bewerber eine Mitteilung des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik zur Feststellung einer hauptamtlichen oder inoffiziellen Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst eingeholt wird.

Ansprechperson: Frau Janina Dannenbring
 Telefon: 030 9013-3368
 E-Mail: janina.dannenbring@senjustva.berlin.de

Ministerium der Justiz

I.

Landesinterne Stellenausschreibung

Im Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg ist zum nächst möglichen Zeitpunkt die Stelle

der Leiterin/des Leiters der Abteilung III – Strafrecht, Justizvollzug und Soziale Dienste –

zu besetzen.

Dienstort: Potsdam

Besoldung/Vergütung:

Der Dienstposten ist bei Erfüllung der persönlichen Voraussetzungen mit Besoldungsgruppe B 5 BbgBesO dotiert. Beschäftigten kann eine außertarifliche Vergütung in Höhe der Besoldung der BesGr. B 5 BbgBesO (AT 5) gewährt werden.

Gemäß § 120 Landesbeamtengesetz Brandenburg wird das Amt zunächst im Beamtenverhältnis auf Probe übertragen. Die Pro-

bezeit beträgt zwei Jahre. Diese Regelung findet für Beschäftigte sinngemäß Anwendung, ggf. wird von den Regelungsmöglichkeiten der §§ 31, 32 TV-L (Führung auf Probe, Führung auf Zeit) Gebrauch gemacht.

Aufgabengebiet:

Leitung der aus sechs Referaten bestehenden Abteilung mit den folgenden Aufgabenfeldern:

- Straf- und Strafprozessrecht, strafrechtliche Rehabilitation,
- Fachaufsicht über die Staatsanwaltschaften, strafrechtliche Rechtshilfe und Europaangelegenheiten, Rechtsextremismus und politische Strafsachen sowie

den Justizvollzug und die sozialen Dienste betreffend:

- Personal, Organisation, Haushalt,
- Sicherheit und Controlling,
- Rechtssachen,
- Vollzugsgestaltung, Übergangmanagement, Soziale Dienste,
- Medizinische Versorgung, Seelsorge, Transport und
- Kriminologischer Dienst.

Anforderungen:

Formale Anforderungen

unabdingbar:

- Befähigung für die Laufbahn des höheren allgemeinen Verwaltungsdienstes durch den Abschluss des Zweiten juristischen Staatsexamens.

Fachliche Anforderungen

unabdingbar:

- durch mehrjährige Tätigkeit in verantwortungsvoller Position nachgewiesene Führungskompetenz,
- Kenntnisse der Arbeitsabläufe in einer Ministerialverwaltung, die durch eine Tätigkeit in einer obersten Landesbehörde belegt sind,
- vertiefte, durch mehrjährige leitende Tätigkeit in entsprechenden Bereichen dokumentierte Kenntnisse des Strafvollzugs- und/oder Strafvollzugsrechts sowie im Bereich der Fachaufsicht.

Außerfachliche Anforderungen

besonders wichtig:

- hohes Maß an Sozialkompetenz.

Gesucht wird eine durch ihre Aufgabenidentifikation und nachgewiesene Führungserfahrung Beispiel gebende Persönlichkeit mit ausgeprägter Fähigkeit zu strukturiertem und strategischem Denken und Arbeiten, einem hohen Verständnis für politische Zusammenhänge und einem besonders hohen Maß an Durchsetzungs-, Organisations- und Präsentationsvermögen sowie Personalführungskompetenz. Vorausgesetzt werden insbesondere ein kooperativer Führungsstil und die Fähigkeit, Arbeitsabläufe rationell und zielgerichtet zu planen und zu koordinieren. Besonders ausgeprägte Kooperations-, Kommunikations- und Motivationsfähigkeiten sind unerlässlich. Eine weit überdurchschnittliche Leistungsbereitschaft und Belastbarkeit, Innovationsbereitschaft sowie ein besonderes Verhandlungsgeschick werden erwartet.

Hinweise:

Bei Erfüllung der stellenwirtschaftlichen sowie der persönlichen und beamtenrechtlichen Voraussetzungen besteht nach erfolgreicher Erprobung die Möglichkeit der Übernahme in das Beamtenverhältnis.

Bei gleicher Qualifikation werden Bewerbungen von schwerbehinderten Menschen bevorzugt berücksichtigt. Es wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch flexible Arbeitszeiten im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten unterstützt.

Die Ausschreibung richtet sich ausschließlich an Beförderungsbewerberinnen und -bewerber, die bereits unbefristet in der Landesverwaltung Brandenburg tätig sind.

Bewerberinnen und Bewerber werden gebeten, ihrer Bewerbung die Erklärung beizufügen, dass sie mit der Einsichtnahme in ihre Personalakte einverstanden sind.

Es wird darauf hingewiesen, dass für die Bewerberinnen und Bewerber eine Mitteilung des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik zur Feststellung einer hauptamtlichen oder inoffiziellen Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst eingeholt wird.

Der Schutz Ihrer Daten ist uns wichtig. Nähere Informationen zum Umgang mit personenbezogenen Daten im Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg können Sie der Datenschutzerklärung auf <https://mdj.brandenburg.de/service/kontakt/datenschutz.html> entnehmen.

Ihre aussagekräftige Bewerbung senden Sie bitte bis zum

15. Juli 2020

an das:

Ministerium der Justiz
des Landes Brandenburg
Referat I.1
Kennwort: AL III
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam.

II.

Es wird – unter dem Vorbehalt der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen – Bewerbungen für die folgende Stelle entgegengesehen:

- bei dem Amtsgericht Königs Wusterhausen

eine Stelle für eine **Direktorin** oder einen **Direktor** des Amtsgerichts
(Besoldungsgruppe R 2 mit Amtszulage BbgBesO).

Wegen der an die Bewerberinnen und Bewerber zu stellenden Anforderungen wird auf die Allgemeine Verfügung der Ministerin der Justiz vom 26. November 2007 (AnforderungsAV), veröffentlicht im JMBL für das Land Brandenburg vom 17. Dezember 2007, S. 180 ff., Bezug genommen.

Da in diesem Bereich Frauen unterrepräsentiert sind, sind sie besonders aufgefordert, sich zu bewerben.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung, Befähigung und Leistung bevorzugt berücksichtigt.

Die Ausschreibung der Stelle richtet sich ausschließlich an Richterinnen und Richter, die bereits im Justizdienst des Landes Brandenburg beschäftigt sind.

Bewerbungen sind bis zum **15. Juli 2020** auf dem Dienstweg an das Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg, Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam, zu richten.

Die Bewerberinnen und Bewerber sollen ihrer Bewerbung die Erklärung beifügen, dass sie mit einer Einsichtnahme in ihre Personalakten durch die Mitglieder des Präsidialrates und des Richterwahlausschusses einverstanden sind.

Es wird darauf hingewiesen, dass für die Bewerberinnen und Bewerber eine Mitteilung des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik zur Feststellung einer hauptamtlichen oder inoffiziellen Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst eingeholt wird.

III.

Im Justizministerialblatt für das Land Brandenburg vom 15. April 2020 sind folgende Stellenausschreibungen erfolgt:

„Es wird Bewerbungen – unter dem haushaltsrechtlichen Vorbehalt für die Stellen einer Richterin oder eines Richters am Oberlandesgericht bei dem Brandenburgischen Oberlandesgericht, einer Vorsitzenden Richterin oder eines Vorsitzenden Richters am Landgericht bei dem Landgericht Potsdam [...] – für die folgenden Stellen entgegengesehen:

[...]

- bei dem Brandenburgischen Oberlandesgericht

eine Stelle für eine **Richterin** oder einen **Richter** am Oberlandesgericht
(Besoldungsgruppe R 2 BbgBesO)

[...]

- bei dem Landgericht Potsdam

eine Stelle für eine **Vorsitzende Richterin** oder einen **Vorsitzenden Richter** am Landgericht
(Besoldungsgruppe R 2 BbgBesO)

[...]

- bei dem Amtsgericht Cottbus

eine Stelle für eine **Richterin** am Amtsgericht – als weitere aufsichtführende Richterin – oder einen **Richter** am Amtsgericht – als weiterer aufsichtführender Richter –
(Besoldungsgruppe R 2 BbgBesO)

[...]

Wegen der an die Bewerberinnen und Bewerber zu stellenden Anforderungen wird auf die Allgemeine Verfügung der Ministerin der Justiz vom 26. November 2007 (AnforderungsAV), veröffentlicht im JMBl. für das Land Brandenburg vom 17. Dezember 2007, S. 180 ff., Bezug genommen.

Da [...] im Bereich der Stellen der Besoldungsgruppe R 2 BbgBesO [...] Frauen unterrepräsentiert sind, sind sie besonders aufgefordert, sich zu bewerben.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung, Befähigung und Leistung bevorzugt berücksichtigt.

Die Ausschreibung der Stellen [...] richtet sich ausschließlich an Richterinnen und Richter, die bereits im Justizdienst des Landes Brandenburg beschäftigt sind.

[...]

Bewerbungen sind bis zum 15. Mai 2020 auf dem Dienstweg an das Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg, Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam, zu richten.

Die Bewerberinnen und Bewerber sollen ihrer Bewerbung die Erklärung beifügen, dass sie mit einer Einsichtnahme in ihre Personalakten durch die Mitglieder des Präsidialrates und des Richterwahlausschusses einverstanden sind.

Es wird darauf hingewiesen, dass für die Bewerberinnen und Bewerber um die Stellen der Besoldungsgruppen R 3 und R 2 BbgBesO eine Mitteilung des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik zur Feststellung einer hauptamtlichen oder inoffiziellen Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst eingeholt wird.“

Auf diese Ausschreibung sind bisher keine Bewerbungen von Frauen eingegangen. Da in diesem Bereich Frauen unterrepräsentiert sind, wird hiermit gemäß § 7 Absatz 4 Satz 2 des Gesetzes zur Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst im Land Brandenburg diese Ausschreibung erneut veröffentlicht. Frauen werden nochmals besonders aufgefordert, sich zu bewerben.

Bewerbungen sind bis zum **15. Juli 2020** auf dem Dienstweg an das Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg, Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam, zu richten.

IV.

Es wird Bewerbungen für die folgenden Stellen entgegengesehen:

- bei der Staatsanwaltschaft Cottbus

eine Stelle für eine **Oberstaatsanwältin** oder einen **Oberstaatsanwalt**
(Besoldungsgruppe R 2 BbgBesO)

- bei der Staatsanwaltschaft Neuruppin

eine Stelle für eine **Oberstaatsanwältin** oder einen **Oberstaatsanwalt**
(Besoldungsgruppe R 2 BbgBesO)

- bei der Staatsanwaltschaft Potsdam

eine Stelle für eine **Oberstaatsanwältin** oder einen **Oberstaatsanwalt**
(Besoldungsgruppe R 2 BbgBesO)

Wegen der an die Bewerberinnen und Bewerber zu stellenden Anforderungen wird auf die Allgemeine Verfügung der Ministerin der Justiz vom 26. November 2007 (AnforderungsAV), veröffentlicht im JMBl. vom 17. Dezember 2007, S. 180 ff., Bezug genommen.

Da in diesem Bereich Frauen unterrepräsentiert sind, sind sie besonders aufgefordert, sich zu bewerben.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung, Befähigung und Leistung bevorzugt berücksichtigt.

Die Ausschreibung der Stellen richtet sich ausschließlich an Bedienstete der Besoldungsgruppe R 1 BbgBesO, die bereits im staatsanwaltschaftlichen Dienst des Landes Brandenburg beschäftigt sind.

Bewerbungen sind bis zum **15. Juli 2020** auf dem Dienstweg an das Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg, Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam, zu richten.

Die Bewerberinnen und Bewerber sollen ihrer Bewerbung die Erklärung beifügen, dass sie mit einer Einsichtnahme in ihre Personalakten durch die Mitglieder des Gesamtstaatsanwaltschaftsrates einverstanden sind.

V.

Es wird Bewerbungen für die folgende Stelle entgegengesehen:

- bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder)

eine Stelle für eine **Staatsanwältin** oder einen **Staatsanwalt**
(Besoldungsgruppe R 1 BbgBesO).

Wegen der an die Bewerberinnen und Bewerber zu stellenden Anforderungen wird auf die Allgemeine Verfügung der Ministerin der Justiz vom 26. November 2007 (AnforderungsAV), veröffentlicht im JMBl. für das Land Brandenburg vom 17. Dezember 2007, S. 180 ff., Bezug genommen.

Da in diesem Bereich Frauen unterrepräsentiert sind, sind sie besonders aufgefordert, sich zu bewerben.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung, Befähigung und Leistung bevorzugt berücksichtigt.

Die Ausschreibung der Stelle richtet sich ausschließlich an Ver-setzungsbewerberinnen und -bewerber, die bereits im staatsanwaltschaftlichen Dienst des Landes Brandenburg beschäftigt sind.

Bewerbungen sind bis zum **15. Juli 2020** auf dem Dienstweg an das Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg, Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam, zu richten.

Die Bewerberinnen und Bewerber sollen ihrer Bewerbung die Erklärung beifügen, dass sie mit einer Einsichtnahme in ihre Personalakten durch die Mitglieder des Gesamtstaatsanwaltsrates einverstanden sind.

VI.

Es wird Bewerbungen für die folgende Stelle entgegengesehen:

- bei dem Landessozialgericht Berlin-Brandenburg

eine Stelle für eine **Richterin** oder einen **Richter** am Landessozialgericht
(Besoldungsgruppe R 2 BbgBesO).

Wegen der an die Bewerberinnen und Bewerber zu stellenden Anforderungen wird auf die Allgemeine Verfügung der Ministerin der Justiz vom 26. November 2007 (AnforderungsAV), veröffentlicht im Justizministerialblatt vom 17. Dezember 2007, S. 180 ff., sowie auf die „Gemeinsame Allgemeine Verfügung über die Anforderungen für die Eingangs- und Beförderungsämter im richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Dienst (AnforderungsAV)“ der Senatorin für Justiz und der Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales vom 5. Dezember 2007, veröffentlicht im Amtsblatt für Berlin vom 14. Dezember 2007, S. 3204 ff., Bezug genommen.

Da in diesem Bereich Frauen unterrepräsentiert sind, sind sie besonders aufgefordert, sich zu bewerben (§ 7 Abs. 4 LGG).

Eine Teilzeitbeschäftigung ist gemäß §§ 4, 5 BbgRiG möglich.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber und ihnen Gleichgestellte werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen sind bis zum **15. Juli 2020** auf dem Dienstweg an das Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg, Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam, zu richten.

Es wird darauf hingewiesen, dass für die Bewerberinnen und Bewerber eine Mitteilung des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik zur Feststellung einer hauptamtlichen oder inoffiziellen Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst eingeholt wird.

VII.

Es wird Bewerbungen für die folgenden Stellen entgegengesehen:

- bei dem Sozialgericht Cottbus

zwei Stellen für **Richterinnen** oder **Richter** am Sozialgericht
(Besoldungsgruppe R 1 BbgBesO),
- bei dem Sozialgericht Frankfurt (Oder)

eine Stelle für eine **Richterin** oder einen **Richter** am Sozialgericht
(Besoldungsgruppe R 1 BbgBesO).

Wegen der an die Bewerberinnen und Bewerber zu stellenden Anforderungen wird auf die Allgemeine Verfügung der Ministerin der Justiz vom 26. November 2007 (AnforderungsAV), veröffentlicht im JMBL vom 17. Dezember 2007, S. 180 ff., Bezug genommen.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung, Befähigung und Leistung bevorzugt berücksichtigt.

Die Ausschreibung der Stellen richtet sich ausschließlich an Richterinnen und Richter auf Probe aus der Sozialgerichtsbarkeit des Landes Brandenburg.

Die Bewerberinnen und Bewerber sollen ihrer Bewerbung die Erklärung beifügen, dass sie mit einer Einsichtnahme in ihre Personalakten durch die Mitglieder des Präsidialrates und des Richterwahlausschusses einverstanden sind.

Bewerbungen sind bis zum **15. Juli 2020** auf dem Dienstweg an das Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg, Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam, zu richten.

Justizministerialblatt
für das Land Brandenburg

Das Justizministerialblatt erscheint in der Regel am 15. eines jeden Monats.

Herausgeber: Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg.

Der Preis für ein Bezugsjahr beträgt 58,80 EUR (einschließlich Postzustellgebühren und 7 % Mehrwertsteuer).

Die Einweisung kann jederzeit erfolgen. Die Kündigung ist nur zum Ende eines Kalenderjahres zulässig; sie muss bis spätestens 30. 9. dem Verlag zugegangen sein.

Einzelverkaufspreis: 4,86 EUR zuzüglich Versand und Portokosten und 7 % Mehrwertsteuer (nur Nachnahmeversand).

Die Lieferung des Blattes erfolgt durch die Post.

Reklamationen bei Nichtzustellung, Neu- bzw. Abbestellungen, Änderungswünsche und sonstige Anforderungen sind an die Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH zu richten.

Herstellung, Verlag und Vertrieb: Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH,
Karl-Liebknecht-Straße 24 - 25, Haus 2, 14476 Potsdam (OT Golm), Telefon: 0331 5689-0